



WEGWARTE

Mitteilungen der Initiative Heimat & Umwelt

So kann es nicht weitergehen: Österreich darf nicht weiter den Zerstörern ausgeliefert bleiben!

Der Zusammenhalt und der innere Friede unserer Gesellschaft wird immer mehr zerstört: die Wohnungen werden immer weniger leistbar, das Durchschnittsalter der ersten Eheschließung liegt bereits bei 30 Jahren, jede zweite Ehe wird geschieden, die Frühsexualisierung unserer Kinder, falls diese überhaupt auf die Welt kommen dürfen, wird gnadenlos propagiert, dafür haben wir einen Bundeskanzler, der mit verklärtem Blick bei Regenbogenparaden auftritt, einen Bewegungs-Obmann einer angeblich Nicht-ÖVP, der den **über 600.000 Moslems in Österreich** zum Ramadan gratuliert, nicht aber den Christen zum Christi-Himmelfahrts-Feiertag im gleichen Zeitraum, allein in Wien fast zweihunderttausend Mindestsicherungsbezieher, davon rund 43 % Ausländer, täglich werden 20 Hektar (=200.000m²) Grünland verbaut, immer mehr Bauern und selbständige Gewerbetreibende müssen aufgeben, die Architektur der Neubauten wird immer häßlicher und seelenloser, das von den herrschenden Politikern auf unsere Kosten geförderte Kulturleben mithilfe der linientreuen „Regierungskünstler“ wird immer obszöner und menschenverachtender, usw.usf. Es muß jedem klar sein, wohin diese Reise führt, nämlich u.a. früher oder später zur **„Ehe für alle“** (in Deutschland gerade vom Bundestag beschlossen und in Österreich noch knapp verhindert). In Kolumbien haben vor kurzem drei Männer eine gemeinsame „Ehe“ geschlossen.... All diese Auswüchse, die meilenweit entfernt sind von der Natur des Menschen und einer auf Generationenzusammenhalt aufgebauten, funktionierenden Gesellschaft, wer-

den offensichtlich weltweit und über tausende Kanäle tagtäglich betrieben. Ständig ist von einer „Diskriminierung von Minderheiten“ die Rede; in Wahrheit werden aber längst die **Mehrheiten entrechtet** und ausgegrenzt und das „Normale“, das über Jahrtausende gewachsen ist und sich auch und gerade in Notzeiten bewährt hat, immer mehr zurückgedrängt.

Aber es geht auch anders! Das beweisen derzeit in erster Linie die **Visegrad-Staaten**, nämlich Ungarn, Polen, Tschechien und die Slowakei. Deshalb werden sie von der EU mit „Vertragsverletzungsverfahren“ eingedeckt. In der neuen ungarischen Verfassung wird beispielsweise der staatliche Schutz der Ehe ausschließlich einer „Verbindung von Mann und Frau zum Zweck der Familiengründung mit Kindern“ garantiert, dort müssen auch NGOs, die vom Ausland finanziert werden, diese Finanzierung offenlegen, in Polen wird der Schutz des Lebens von der Empfängnis an besonders hoch gehalten, und die Visegrad-Staaten wehren sich erfolgreich gegen die Aufnahme von illegalen Einwanderern. Wir empfehlen dazu allen unseren Lesern das einschlägige Buch zum Thema **„VÖLKERWANDERUNG“** des langjährigen Finanzministers, Nationalratspräsidenten und Staatspräsidenten Tschechiens, **Vaclav Klaus**. Das im Halbformat nur 95 Seiten umfassende Buch ist sehr praxisnah und gut verständlich und geht auch auf die wichtigsten „Argumente“ der Verharmloser der Migrationskrise in sehr nach-

vollziehbarer Weise ein. Erhältlich u.a. bei office@meinbuecherdienst.at, Tel. 07227/80188, www.meinbuecherdienst.at

In Österreich würde die FPÖ geeignete Maßnahmen setzen, wenn sie von ausreichend vielen Bürgern gewählt wird, um in einer Regierung auch wirklich das Sagen zu haben.

Es kann heute jeder sehen, wie fatal die Wahl Van der Bellens zum Bundespräsidenten war. Alle österreichischen Frauen sollen „aus Solidarität“ Kopftücher tragen, über 17 Millionen Briten werden ganz offiziell als „unintelligent“ bezeichnet, weil sie für den Brexit gestimmt haben - ein diplomatischer Eklat des Bundespräsidenten, der in den britischen Medien natürlich massiv kritisiert wurde, und so wird es weitergehen. Hofer hingegen wollte dem Volk zu **mehr Ansehen und Selbstbewußtsein** verhelfen. Er hatte vor, statt seines Porträts in allen Amtsräumen in Schulen, Gemeinden usw. den ersten Satz unserer Bundesverfassung aufhängen zu lassen, nämlich: „Österreich ist eine demokratische Republik. Ihr Recht geht vom Volk aus.“

Stattdessen dürfen wir nun alle - im Medienzeitalter! - das Konterfei von VdB bewundern wie einen Geßlerhut, vor dem wir uns alle zu verneigen haben.

Österreichische Post AG / Sponsoring Post
Benachrichtigungspostamt 3424 Zeiselmauer

AUFRUF zu einer Neuformierung der politischen Landschaft in Österreich

Absage an Neuauflage der Koalition der ehemaligen Großparteien

In seiner **Sitzung vom 17. Juli** beschloß das **überparteiliche Personenkomitee**, die Betreiber des EU-Austritts-Volksbegehrens vom Juni 2015 mit 261.056 Unterzeichnern, nachstehende **öffentliche Stellungnahme** zu den kommenden Nationalratswahlen, die auch als APA-OTS-Presseaussendung vom 20.7.2017 mit obigem Titel an Journalisten hinausging:

„Die gegenwärtigen dramatischen Entwicklungen erfordern eine klare Stellungnahme im Interesse aller Bürgerinnen und Bürger Österreichs. Die beiden ehemaligen Großparteien und die hinzugekommenen Neuparteien bieten keine Lösungsansätze zu den existentiellen Fragen unserer Gesellschaft. Vielmehr werden die nicht zukunftsfähigen Rahmenordnungen in der Finanz- und Handelspolitik sowie die undemokratische Gesetzgebung und Praxis der EU ausdrücklich oder stillschweigend hingenommen“, so der renommierte Ressourcenökonom Prof. Dr. Heinrich Wohlmeyer. „Hinzu kommen angebotene zahnlose Scheinlösungen zur direkten Demokratie, die dem Staatsvolk angeblich eine Stimme geben sollten. Es ist daher unsere staatsbürgerliche Pflicht, jene Partei und deren angestrebte Regierungsbeteiligung zwecks Durchsetzungsmöglichkeit zu unterstützen, welche die brennenden Probleme der nicht zukunftsfähigen EU-Vorgaben in der Arbeitsmarktpolitik sowie in der Finanz-, Handels- und Einwanderungspolitik anspricht und Änderungen fordert, sowie die direkte Demokratie in ihrem Programm vertritt.“

Es wird also in erster Linie darauf ankommen, jene Partei zu wählen, die den Weg frei macht für eine Politik, die vor allem die **direkte Demokratie nach dem Muster der Schweiz** in den Mittelpunkt stellt und die Herbeiführung von für die Regierung verbindlichen Volksabstimmungen über alle wichtigen Sachfragen durch das Volk selbst möglich machen will.

Eine reale Chance zu einer solchen Änderung ist bei der kommenden Wahl nur durch die FPÖ gegeben, deren Beteiligung an einer neuen Regierung mit wesentlich mehr Selbstbestimmungsrechten des gesamten Staatsvolkes absolut wünschenswert ist. Auch der mögliche Austritt aus der sich nicht reformfähig erweisenden EU kann - wie der Beitritt - ja nur mittels einer Volksabstimmung zustande kommen.

Die einzige, mit realistischer Erfolgchance wählbare Kraft, die den weiteren Zentralisierungs- und somit Herrschaftsansprüchen der EU entgegentritt - wie auch der geplanten Abschaffung des **Bargeldes** -, ist eben dzt. die FPÖ. Zu diesen Fehlleistungen bzw. Absichten der EU gehören u.a. das sinnlose zigmilliardenschwere Gelddrucken gegen die sich aufbauende Arbeitslosigkeit, die Plünderung der Pensionsfonds mit den Ersparnissen der Bürger/innen durch Null- und Negativzinssätze und die gemeinsame - über den ESM unbegrenzte - Haftung aller Bürger/innen für Pleitebanken und schwerst verschuldete Staaten, das Abwürgen der Kleinbanken als finanzielle Nahversorger, der Plan zur Einführung einer EU-Steuer-Hoheit anstatt der nationalstaatlichen, usw. Auch spricht sich diese Partei seit Jahren gegen die Fortsetzung der Mitgliedschaft Österreichs bei EURATOM aus, wofür sich insbesondere **Norbert Hofer** als in Umweltkreisen sehr geschätztes, langjähriges Vorstandsmitglied von „EUROSOLAR-Österreich“ immer eingesetzt hat. Wir wissen, daß jede Partei auch ihre Schwächen und Schattenseiten hat. In der gegenwärtigen bedrohlichen Situation gilt es jedoch für jene einzutreten, die die existentiellen Zukunftsfragen glaubwürdig und konsequent ansprechen.

Mit Befremden stellt deshalb das überparteiliche EU-Austritts-Komitee für Österreich fest, daß fast alle sich dzt. neu formierenden Kleinparteien, deren konstruktive Arbeitsleistung in den letzten Jahren

kaum bemerkbar war, mit vereinfachten Slogans vorwiegend gegen die FPÖ agitieren und damit direkt oder indirekt die massiv EU- und NATO-hörigen Achsen stärken. Sie machen sich damit zum Handlanger der Profiteure des gegenwärtigen, nicht zukunftsfähigen Systems, wie des Bau-Großindustriellen **Haselsteiner** mit der EU-Einpeitscherin Brigitte Ederer an seiner Seite und deren neuerlicher Anti-FPÖ-Kampagne, wie wir sie schon vom Präsidentschaftswahlkampf her in unwürdiger Erinnerung haben.

Inge Rauscher, Initiatorin des EU-Austritts-Volksbegehrens, ergänzt: „Die Politik der neuerdings „türkisen“ ÖVP von Hrn. Kurz gleicht einer **Robtäuscherei**. Ein Zeichen dafür ist das Vorgehen von Kurz und Kern durch deren Handelspolitik, welche die heimischen Arbeitsplätze und die demokratische Selbstbestimmung massiv gefährden. So hat man „Zuhause“ gegen den handelspolitischen Ausverkauf durch TTIP und CETA gewettert und in Brüssel haben dann beide der „vorläufigen Inkraftsetzung“ von **CETA** zugestimmt! Beim ebenfalls demokratisch nicht legitimierten, derzeit vor dem Abschluß stehenden analogen Abkommen mit Japan (JEFTA), verhalten sich Kurz und Kern ebenso. Ähnliches Verhalten zeigt sich bei der zum Großteil illegalen Einwanderungspolitik, die Österreich immer mehr destabilisiert und den sozialen Frieden gefährdet. Man verteuft zuerst jene, welche die **Einhaltung** der Fremdenpolizei- und Sanitätsgesetze sowie der Genfer Flüchtlingskonvention fordern, als Unmenschen und läßt gleichzeitig in vorausseilendem EU-Gehorsam die Dinge treiben, um dann mit großer medialer Unterstützung als „Retter“ aufzutreten. Hier trifft das Wort des Iren Gerry Adams zu: Politik ist die Kunst, Brände zu löschen, die man selbst gelegt hat.“

Und Frau Rauscher abschließend: „Wir wollen jedenfalls nicht, daß das österreichische Parlament

von „Haselsteiners“ und Konzerninteressen weiterer Großindustrieller quer durch die Parteien durchgesetzt wird und werden deshalb bei dieser Wahl die FPÖ in Wort und Tat unterstützen. Dessen ungeachtet wird die überparteiliche und ausschließlich aus freiwilligen Kostenbeiträgen österreichischer Bür-

ger/innen getragene Arbeit des EU-Austritts-Personenkomitees im Rahmen seiner Möglichkeiten selbstverständlich über diesen Wahltermin hinaus fortgesetzt. Wir sind überzeugt, daß die Zeit für unser eigentliches Ziel mittelfristig auf jeden Fall reif werden wird!“

Für das unabhängige EU-Austritts-Personenkomitee:

Inge Rauscher, Helmut Schramm, Renate Zittmayr, Mag. Markus Lechner, Dr. Franz-Joseph Plank, Hon.Univ.Prof. Dr. Heinrich Wohlmeyer.

Zur mitgeschickten DVD

Im Frühjahr 2017 organisierte die IHU mehrere Veranstaltungen/Bürgerversammlungen in drei Bundesländern, die inhaltlich sehr hochstehend und wegweisend waren. Bei allen gab es intensive Diskussionen mit dem Publikum nach den jeweiligen Vorträgen. Diese auch Ihnen, liebe WEGWARTE-Empfänger, zugänglich zu machen, würde aber den uns möglichen Rahmen sprengen. Das können nur die jeweiligen Veranstaltungsbesucher miterleben. Aber zumindest über die sehr guten und inhaltsreichen Vorträge der Hauptreferenten können Sie sich mit der mitgeschickten DVD ein eigenes Bild machen. Wir hoffen, daß Sie dieses für uns sehr arbeitsreiche Service schätzen und bitten um Ihren Kostenbeitrag dafür gemäß beiliegendem Zahlschein.

Wahlzeugen

Diese haben eine Kontroll-Funktion bei allen Wahlen. Eigentlich sollte dies eine der **wichtigsten Bürgerpflichten** zur Absicherung ihrer eigenen Willensbekundung und der vieler Mitbürger sein. In der Schweiz ist das auch so, da kann jeder Bürger bei der Stimmabgabe und -auszählung dabei sein ohne besondere Formalitäten. In Österreich müssen solche Wahlzeugen oder -Beisitzer von den Parteien den Wahlbehörden im Vorfeld genannt/nominiert werden, um dieses staatsbürgerliche Recht ausüben zu können. Es ist wichtig, daß am Wahltag 15. Oktober in möglichst allen Wahllokalen in ganz Österreich freiwillig gesinnte oder unabhängige, offizielle Beobachter zugegen sind. Diese demokratiepolitisch wertvolle Leistung wird am Wahlsonntag den ganzen Tag umfassen und auch noch einige Stunden danach zur Auszählung der Briefwahlstimmen. Mitarbeiter und Sympathisanten der IHU haben sich schon bei der Bundespräsidentenwahl vom 4.12.2016 entspr. „aufstellen“ lassen, das sollte nun bei der Nationalratswahl im größeren Ausmaß zustandekommen. Bitte machen Sie diesbezüglich vom **Einsendekupon auf der Rückseite** dieser WEGWARTE Gebrauch. Wenn wir Bürger uns nicht mehr als bisher „einschalten“, wird nie was gehen!

SPÖ-Thumpser widerruft Verleumdungen gegen Inge Rauscher

Zur Erinnerung: der langjährige SPÖ-Bürgermeister von Traisen/NÖ, Herbert Thumpser, dessen Anti-TTIP/CETA-Volksbegehren die IHU massiv unterstützt hat, verweigerte die Podiumsteilnahme an einer großen Diskussionsveranstaltung der IHU zu diesem Volksbegehren Ende Jänner 2017 durch nachträgliche Mitteilung, auch gegenüber Medien, daß er sich mit jemandem wie Inge Rauscher nicht an einen Tisch setzen würde, da sie „in Kreisen von Holocaust-Leugnern“ verkehren würde. Inge Rauscher war deshalb gezwungen, diese ungeheuerlichen Behauptungen einzuklagen. Die entspr. Gerichtsverhandlung nach ausführlicher Klagschrift

unserer Wiener Anwältin Dr. Eva Maria Barki und angebotenen Zeugenaussagen unsererseits und der Gegenschrift von Thumpsters Anwalt ergab einen gerichtlichen Vergleich, in dem Thumpser seine Behauptungen Inge Rauscher gegenüber **widerruft** und sich zu deren weiterer **Unterlassung** verpflichtet, sowie zusätzlich zur Hälfte der Kosten der Inanspruchnahme des Landesgerichts St. Pölten auch noch 1.000,- € zu den Anwaltskosten von Fr. Rauscher beitragen mußte. Die Angelegenheit ist damit rechtskräftig erledigt. Thumpser wird laut eigener Aussage demnächst übrigens sowohl sein Landtagsmandat als auch den Bezirksparteiobmann

der SPÖ zurücklegen und nur mehr Bürgermeister von Traisen bleiben.

Wir finden es sehr schade, daß es zu diesem Prozeß überhaupt kommen mußte. Wir haben das Anti-TTIP/CETA-Volksbegehren und damit auch Herbert Thumpser aus vollem Herzen mit großem aktivistischen und finanziellen Einsatz unterstützt. Deshalb gab es auch ein persönliches Gespräch sowohl mit ihm selbst als auch mit seinem Anwalt bezüglich eines außergerichtlichen Widerrufs. Dies wurde aber von beiden nicht in Anspruch genommen. Klagschrift, Verhandlungsprotokoll und gerichtliche Vergleichsausfertigung können jederzeit auf Anfrage zugeschickt werden.

WEGWARTE 27. Jahrgang, Folge 4, August 2017, Zulassungsnr. "02Z033544S" Mitteilungen der

Initiative Heimat & Umwelt, Druck: H. Schmitz Kopien, 1200 Wien, Impressum: Medieninhaber/ Herausgeber/Verleger:

Initiative Heimat & Umwelt, 3424 Zeiselmauer, Hagengasse 5, Tel.: 02242/70 516, ihu@a1.net

www.eu-austritts-volksbegehren.at, www.heimat-und-umwelt.at, www.jazumoexit.at

Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 19.07.2017, **Spendenkonto: IBAN: AT36 6000 0000 0748 3053, BIC: OPSKATWW**

UNTERSTÜTZUNGSAKTION FÜR NATIONALRATSWAHLEN

Was können Sie dazu beitragen?

Mehr als Sie denken! Sowohl durch Mitfinanzierung als auch durch aktive Verbreitungsarbeit der Argumente, die über die Massenmedien weitgehend verschwiegen bzw. oft sogar völlig verzerrt dargestellt werden.

1. Wie bei den Bundespräsidentenwahlen wird die IHU auch für die Nationalratswahlen ein **Flugblatt aus unabhängiger Sicht** zur Verfügung stellen, das die sachlichen Gründe anführt, warum wir bei dieser Wahl die FPÖ unterstützen. Es wird in der nächsten WEGWARTE Ende August abgedruckt sein und ab diesem Zeitpunkt in mehreren hunderttausend Stück zur Verteilung zur Verfügung stehen. Dafür braucht es aber viele hundert Idealisten, die bereit sind, diese Flugblätter in möglichst viele Haushalte/Briefkästen wo auch immer in Österreich in den Wochen vor der Wahl persönlich auszutragen. Wir hoffen sehr, daß möglichst viele WEGWARTE-Empfänger von dieser Möglichkeit Gebrauch machen werden! Um den ungefähren Mengenbedarf dafür abschätzen und auch eine möglichst gute räumliche Koordination der Verteiler untereinander herbeizuführen zu können, ersuchen wir Sie um Ausfüllung und Rücksendung des nachstehenden Kupons.

2. Natürlich erfordern Produktion und Versand von Mehrfarben-Flugblättern in diesen Größenordnungen auch einiges an **finanziellem Aufwand**. Für Flugblatt-Verteilung in notwendigem - „Notwendenden“ - Ausmaß muß man an die 50.000 € rechnen. Bitte tragen Sie dazu durch einen Sonderbeitrag „Nationalratswahl“ im Bereich Ihrer persönlichen Möglichkeiten gemäß beiliegendem Zahlschein bei. Wie bei allen unseren Aktionen ist es für uns selbstverständlich, daß auch dafür keinerlei Gelder von „üblichen“, aus Steuergeldern finanzierten Subventionsgebern, Konzernen oder Parteien, auch nicht der FPÖ, verwendet werden.

Unsere Unterstützung ist eine ausschließlich freiwillige und aus Überzeugung und Einschätzung der derzeitigen Gesamtbedrohung für unser Volk, für Heimat und Umwelt, geleistete. Nur so bleiben wir mithilfe der WEGWARTE-Leser weiter unabhängig!

3. Sollte es finanziell möglich sein, würden wir auch gerne **ein oder zwei größere Inserate** mit der Bekanntgabe und Begründung unserer Unterstützung für die FPÖ in geeigneten Massenmedien vor den Wahlen lancieren. Dieser Weg eines durch freiwillige Spenden von vielen hundert Bürgern finanzierten Inserats hat sich bei beiden der von der IHU maßgeblich initiierten und organisierten Anti-EU-Volksbegehren (in den Jahren 2000 und 2015 mit jeweils umfangreichen, mehrjährigen Vorarbeiten) zur Information vor allem jener Bürger sehr bewährt, die Flugblatt-Verteilungsaktivitäten schon aus mengenmäßigen Gründen nicht erreichen. Österreich hat derzeit rund 6,4 Millionen Wahlberechtigte.... Für diese(s) Inserat(e) müßten ebenfalls an die 50.000,- € veranschlagt werden. Wir bitten alle Gesinnungsfreunde deshalb, diese für uns schwer zu stemmenden Kosten im beiliegenden Zahlschein mitzubetrachten und danken allen dafür im voraus ganz herzlich.

Es geht bei dieser Wahl um sehr viel, vor allem darum, ob wir in wenigen Jahren überhaupt noch eine Mehrheit im eigenen Land sein werden oder nicht und ob es überhaupt noch eine Kultur der „Dichter und Denker“ und nicht ausschließlich der Reduzierung aller Bürger auf Konzern-Konsumenten ohne jegliche soziale und ethische Verantwortung geben wird, die den tieferen Gehalt des Wortes FREIHEIT nicht mehr begreifen, geschweige denn leben können. Solche willenlosen Zombies sind von den Mächtigen gewünscht, wir hoffen, daß wir gemeinsam mit Ihnen diese unheilvolle Politik aufhalten können!



Ich möchte beim Verteilen der IHU-Flugblätter mithelfen und könnte voraussichtlich ab Anfang September bis zur Wahl am 15.10. insgesamt Flugblätter im Gebiet/Gemeinde/Bezirk austragen.

Ich könnte am Wahlsonntag in einem Wahllokal im Bundesland als von der FPÖ nominiertes Wahlzeug tätig sein.

Vor- und Zuname E-mail:

Adresse Tel.nr.:

Bitte diesen Kupon rücksenden an „Initiative Heimat & Umwelt“, 3424 Zeiselmauer, Hageng. 5. Vielen Dank!